



NGG

GEWERKSCHAFT



. Juni 2024

Darum gehen wir zur Europawahl!



Am 9. Juni 2024 ist es nicht nur wichtig, dass wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter überhaupt wählen. Es ist wichtig, dass wir unsere Stimme den demokratischen, weltoffenen und ALLEN Menschen respektvoll gegenübertretenden Parteien geben. Wir wählen die Parteien, die für ein soziales Europa streiten und Europa nicht abschotten wollen.

Eine proeuropäische, am Sozialen interessierte Mehrheit des Europaparlaments hat sich in den vergangenen Jahren für Verbesserungen für Beschäftigte in Europa eingesetzt. Vier wichtige Beispiele aus Sicht der NGG:

Die EU-Mindestlohnrichtlinie schreibt vor, dass die Mindestlöhne in allen Mitgliedsstaaten der EU so hoch sein müssen, dass man angemessen davon leben kann. Ist dies nicht der Fall, kann die EU gegen das Mitgliedsland vorgehen. Darüber hinaus müssen alle Mitgliedsstaaten sicherstellen, dass die Tarifbindung bei mindestens 80 Prozent liegt und ansonsten einen Aktionsplan erstellen, um Tarifverhandlungen zu fördern. Das wird Betriebsräten und Gewerkschaften sehr helfen.

Die EU-Richtlinie gegen unfaire Handelspraktiken schreibt vor, dass die Großen im Lebensmitteleinzelhandel – wie REWE, ALDI, LIDL

oder EDEKA – ihre Marktmacht gegenüber ihren Lieferanten der Ernährungsindustrie nicht ausnutzen dürfen. Verboten sind z.B. Zahlungen oder Preisnachlässe für die Listung von Lebensmitteln, die Beteiligung des Lieferanten an Lagerkosten, die Rücksendung von nicht verkauften Lebensmitteln ohne Zahlung des Kaufpreises oder kurzfristige Stornierungen von verderblichen Lebensmitteln. Auch das hilft Betriebsräten und NGG in Tarifverhandlungen.

Die EU-Plattformrichtlinie erschwert missbräuchliche Arbeitsbedingungen und Union Busting bei Lieferdiensten und anderen Unternehmen der Plattform-Ökonomie. Für Beschäftigte bei Wolt oder Uber Eats, aber auch Lieferando, wird das Gesetz ein Baustein für eine bessere Arbeitswelt sein: Scheinselbstständigkeit wird zurückgedrängt und Transparenzpflichten können zugunsten von Beschäftigten erzwungen werden.

Die EU-Lieferketten-Richtlinie führt dazu, dass Verstöße gegen Kernarbeitsnormen in ganz Europa verboten sind. Dazu gehört Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Verstöße gegen den Arbeits- und Gesundheitsschutz, die Missachtung der Freiheit, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen und das Vorenthalten eines angemessenen Lohns.

Das alles darf nicht von einer europafeindlichen, neoliberalen Mehrheit in den kommenden Jahren ausgebremst werden! Denn wir brauchen noch mehr:

Wir brauchen eine **EU-Richtlinie über die Regulierung von Arbeitsvermittlern und faire Arbeitsbedingungen in Subunternehmerketten**. Werkverträge sollen – wie in der deutschen Fleischindustrie – für die Kerntätigkeiten der Unternehmen in der ganze EU verboten werden. Zur Regulierung von Arbeitsvermittlern braucht es eine EU-Lizenz. Damit soll sichergestellt werden, dass Arbeitnehmer*innen keine Gebühren zahlen. Sie müssen wissen, wohin sie unter welchen Bedingungen vermittelt werden und wo sie Hilfe bekommen. Dafür braucht es ein europäisches Netz an Beratungsstellen. Auch braucht es gemeinsame Standards für Inspektionen in der EU und weltweit: eine*n Arbeitsinspektor*in pro 10.000 Arbeitnehmer*innen.

Mensch vor Marge! Wir brauchen eine **Regulierung der Finanz- und Lebensmittelrohstoffmärkte**. Lebensmittelindustrie und Gastgewerbe sind im Fokus von Hedge- und Private-Equity-Fonds. Sie diktieren immer mehr Unternehmen eine Strategie, die auf die Maximierung des Profits ausgerichtet ist. Arbeitnehmer*innen zahlen einen hohen Preis in Form von Stellenabbau, immer schlechteren Arbeitsbedingungen und endlosen Forderungen nach Flexibilität. Dagegen braucht es eine ganze Reihe Maßnahmen, zum Beispiel die Einführung einer Steuer auf übermäßige Gewinne und eine Finanztransaktionssteuer.

Und es braucht ein Verbot von Aktienrückkäufen, da sie langfristige Investitionen in Innovation, hochwertige Arbeitsplätze und Klimaneutralität verhindern.

Die Umstellung auf klimaneutrale Produkte und Produktionsprozesse braucht soziale Sicherheit! Unsere Lebensmittelkette und das Gastgewerbe nachhaltig zu gestalten, trägt zur Lösung der Klimakrise bei. Aber es braucht einen gerechten Übergang! Es braucht eine Transformation, die genutzt wird, um prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen und mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen, mit stabilen Beschäftigungsverhältnissen, fairen Löhnen und fortschrittlichen Arbeitsbedingungen.

All das kann nur umgesetzt werden, wenn wir zur Wahl gehen und „richtig“ wählen: Wir stimmen für die Parteien, die sich für ein soziales und weltoffenes Europa einsetzen!

